



« Die Spielregeln der Branche verändern sich grundlegend »

Interview: Dylan Windhaber

Die Schweizer Web- und Digitalagenturen stehen vor einem grundlegenden Wandel: KI verändert Geschäftsmodelle, während digitale Souveränität und regulatorische Anforderungen an Bedeutung gewinnen. Gerhard Andrey, Grünen-Nationalrat, erläutert im Interview die Folgen für die Branche.

Sie sind sowohl Unternehmer als auch Politiker. Wie geht es den Schweizer Web- und Digitalagenturen aus Ihrer Sicht im aktuellen wirtschaftlichen und politischen Klima?

Gerhard Andrey: Die Umwälzungen sind gross, die Unsicherheit nimmt zu. Themen wie digitale Souveränität und Abhängigkeiten werden auch in Unternehmen zum Thema. Business Continuity Management und Open Source, auch bei KI, werden wichtiger. Wir spüren eine Sensibilität, vermehrt auf Lösungen aus der Schweiz setzen zu wollen.

Wie verändert KI die Geschäftsmodelle klassischer Webagenturen, etwa bei der Preisgestaltung und bei angebotenen Dienstleistungen? Wo spüren Agenturen den grössten Veränderungsdruck?

Die Spielregeln der Branche verändern sich grundlegend. KI prägt nicht nur, wie wir arbeiten, sondern auch, was Kunden von uns erwarten. Near- und Offshoring verlieren an Bedeutung. Kapazitäten, die früher ausgelagert wurden, lassen sich heute mit KI abdecken. Liip hat sich zum Beispiel stets aus der Schweiz für die Schweiz positioniert und diese Strategie zahlt sich jetzt aus. Wir kennen unsere Kunden nicht nur als Auftragnehmer, sondern oft auch als Nutzer. Dieses erlebte Branchenwissen lässt sich nicht ans andere Ende der Welt auslagern. Genau darin liegt das Potenzial der Zukunft: tiefes Domänenwissen kombiniert mit KI-Kompetenzen, die unsere Kunden effizienter und zugleich digital unabhängiger machen.

Der EU AI Act tritt schrittweise in Kraft. Welche direkten oder indirekten Auswirkungen erwarten Sie für Schweizer Webagenturen?

Der EU AI Act betrifft Schweizer Agenturen nicht direkt, alle stehen vor denselben Realitäten. Gewichtiger ist eine andere Entwicklung: Das geopolitische KI-Rennen schärft das

Bewusstsein dafür, wem vertraut und auf wessen Infrastruktur gebaut wird. Es geht um mehr als Präferenzen: Es geht um unabhängige Lösungen, die unseren Normen und Werten entsprechen. Damit steigt auch das Interesse an europäischen und schweizerischen Alternativen. Für den digitalen Werkplatz Schweiz ist das eine grosse Chance. In Softwareentwicklung, Cloud Computing, Kryptografie, Robotik, KI oder sogar Quantencomputing verfügen wir über tolle Unternehmen. Die aktuellen Abhängigkeiten von den Big-Tech-Unternehmen lassen sich nicht über Nacht auflösen. Digitale Souveränität ist ein Generationenprojekt. Diese Herausforderung fasziniert und motiviert mich aber sehr, unternehmerisch sowie politisch.

Auch in der Schweiz wird über eine KI-Regulierung diskutiert. Welche Leitlinien braucht es aus Ihrer Sicht, damit Innovation möglich bleibt und gleichzeitig Vertrauen entsteht? Besteht die Gefahr, dass kleinere Webagenturen durch regulatorische Anforderungen gegenüber internationalen Plattformanbietern ins Hintertreffen geraten?

Die Schweiz hat mit der Blockchain-Regulierung einen pragmatischen Weg gewählt: kein neues Sondergesetz, sondern die Weiterentwicklung bestehender Erlasse entlang der spezifischen Merkmale der Technologie; also prinzipienbasiert. Ähnlich sollten wir KI regulieren. Eine griffige KI-Regulierung ist nicht nur eine gesetzgeberische Pflicht, sondern auch gesellschaftlich gewünscht und aus meiner Sicht wirtschaftlich klug. Unkontrollierter KI-Einsatz führt früher oder später zu Vertrauensverlust und entsprechendem Gegendruck aus der Gesellschaft. Weil es aber anspruchsvoll ist, die richtigen Regeln zu finden, habe ich mich im Parlament zusammen mit Ständerat Matthias Michel erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Bund dafür einen ge-



samtgesellschaftlichen Community-Ansatz moderiert.

Was meinen Sie: Sollte der Staat klare Vorgaben machen, wenn KI in Webprojekten für die öffentliche Hand eingesetzt wird?

KI wird vermehrt Verwaltungsaufgaben übernehmen, die heute von Menschen erledigt werden. Das ist grundsätzlich zu begrüßen, gerade dort, wo es um eher mechanische Abläufe geht. Denn damit wird Kapazität frei, um komplexere Fälle mit menschlichem Augenmass zu bearbeiten. Der Staat muss sein Handeln rechtfertigen können, Entscheidungen müssen transparent nachvollziehbar sein. Deshalb darf sich der Staat nicht auf KI-Blackboxen stützen. Er kann also im verbindlichen Kontext keine Modelle einsetzen, bei denen die Trainingsdaten, das Modell und noch mögliche eingebaute Interessen intransparent sind. Deshalb sind Initiativen wie das Open-Source-Sprachmodell Apertus der ETHs so wegweisend. Es liefert eben genau diese Transparenz und damit Vertrauenswürdigkeit. Das mag in einer ersten Phase vor allem für Forschungszwecke relevant sein. Mittelfristig dürften diese Charakteristiken in der Verwaltung, aber auch in Unternehmen stärker nachgefragt werden. Und wer weiss, Apertus könnte das Linux der Sprachmodelle werden. In den 1990ern hat Linux als Hobbyprojekt begonnen und ist heute wohl die wichtigste einzelne Codebasis in der modernen Digitalisierung. Das wünsche ich mir für Apertus.

Viele KI-Modelle stammen von globalen Techkonzernen. Wie realistisch ist die digitale Souveränität für Schweizer Webagenturen noch?

Die grossen Technologiekonzerne investieren gigantische Summen in KI, in Rechenzentren, Chips, Energie und Talente. Der Ausgang dieser Wette ist jedoch alles andere als gesichert. Denn Open-Source-Modelle ziehen mit erstaunlicher Geschwindigkeit nach und integrieren die Innovationen der grossen Labs mit wenig Verzögerung als Gemeingut, das niemandem gehört und allen nützt. Ich wage einen Vergleich mit der hiesigen Maschinenindustrie: Diese operiert seit Jahrzehnten unter enormem Frankendruck und wird gerade deshalb immer besser. Ressourcenknappheit ist kein Handicap, sondern Innovationstreiber. Dieses Prin-

zip lässt sich auf KI übertragen. Nicht wer am meisten Mittel hat, gewinnt, sondern wer am klügsten damit umgeht. Die Frage für die Schweiz ist deshalb nicht, wie man mit Big Tech mitbietet, sondern wie man mit Präzision, Fokus und starken Institutionen eine eigene Position aufbaut.

Wie passt der Trend zur cloudnativen Entwicklung mit dem Ziel der digitalen Souveränität zusammen? Gibt es da nicht Zielkonflikte?

Cloudnative bedeutet nicht, dass die Applikationen auf den Cloud-Rechnern der Big-Tech-Unternehmen laufen müssen. Die Angebote der Schweizer Cloud-Computing-Anbieter werden immer besser. Die öffentliche Hand ihrerseits darf mit gewissen Daten aus Datenschutzgründen nicht zu den Hyperscalern auf ausländische Rechner wechseln. Deshalb haben wir im Parlament eine Viertelmilliarde Franken gesprochen, um eine souveräne Cloud-Infrastruktur für den Bund und mittelfristig die Kantone und Gemeinden aufzubauen. Mit Open-Source-Technologie und Schweizer Unternehmen zusammen. Dieses Bekenntnis zu digitalen Gemeingütern und dem Schweizer Werkplatz in der öffentlichen Beschaffung wird hoffentlich stimulierend wirken.

Die Barrierefreiheit im Web kommt in der Schweiz nur schleppend voran. Woran liegt das wohl?

Das ist eine leidige Geschichte. Beispielsweise hat Liip in den Nullerjahren mit dievolkswirtschaft.ch eine der ersten fünf voll barrierefreien Bundeswebsites entwickelt. Ich war überzeugt, das wird zum neuen Normal - weit gefehlt. Wir mussten Behördenkunden zum Teil mühselig daran erinnern, dass sie eine gesetzliche Pflicht haben und entsprechend Mittel zur Verfügung stellen müssen. In der Privatwirtschaft gibt es gar keine Vorgaben, die Situation ist noch gravierender. Viele stark frequentierte Schweizer E-Commerce-Plattformen sind für Menschen mit Behinderungen schlicht nicht bedienbar, wie die Studien der Stiftung Zugang für alle eindrücklich zeigen. Politisch habe ich das Thema mit einer moderaten Motion mit Unterstützung des Bundesrates ins Bundesparlament getragen. Das Parlament hat dennoch mit knapper bürgerlicher Mehrheit abgelehnt.

Netzwoche
8005 Zürich
044/ 355 63 63
<http://www.netzwoche.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Fachmedien
Auflage: 7'644
Erscheinungsweise: wöchentlich



Seite: 20,21,22
Fläche: 55'750 mm²

Auftrag: 1093187
Themen-Nr.: 666014
Referenz:
08c45c63-d5ff-4517-9094-39939280ebb2
Ausschnitt Seite: 3/4



ZUR PERSON

Gerhard Andrey ist Mitgründer und Partner der Digitalagentur Lip und seit 2019 Nationalrat der Grünen für den Kanton Freiburg. Er ist zudem in mehreren Verwaltungsräten aktiv, unter anderem bei der Alternativen Bank Schweiz, und engagiert sich in diversen Organisationen, Initiativen und Stiftungen im Bereich Digitalisierung, Bildung und Kultur.



Das vollständige
Interview finden
Sie online
netzwoche.ch

« KI prägt nicht nur, wie wir arbeiten, sondern auch, was Kunden von uns erwarten. »

Gerhard Andrey,
Nationalrat (Grüne/FR)

« Apertus könnte das Linux der Sprachmodelle werden. »

Gerhard Andrey,
Nationalrat (Grüne/FR)



Wer trägt Ihrer Meinung nach die Verantwortung, dies zu verbessern?

Natürlich wäre es toll, die Privatwirtschaft würde aus eigenem Antrieb das Problem lösen. Nach über 20 Jahren Hoffen kann man aber ernüchtert feststellen, dass das nicht geschehen wird und die Politik Vorgaben machen muss. Aber eben, die FDP, SVP und Mitte haben «kä Luscht». Auch deshalb wurde von einer breiten Allianz die Inklusionsinitiative eingereicht. Das Thema wird also auf die politische Agenda gesetzt.

In einem Interview vom Herbst 2023 zum Start der neuen Legislatur erklärten Sie, die Schweiz habe «in der Cybersecurity ein Riesenproblem». Was meinen Sie damit konkret, und wie steht es um die Cybersecurity in der Schweiz heute?

Unsere Infrastrukturen, KMUs oder die Verwaltung sind unter Cyber-Dauerbeschuss. Die Schweiz ist ein attraktives Ziel, weil die KMUs genug liquide sind, um Erpressungsgelder auch tatsächlich bezahlen zu können. Mir scheint, dass die Sensibilität in den vergangenen Jahren etwas gestiegen ist. Zumindest haben die schlimmen Schlagzeilen etwas abgenommen. Dies, obwohl die Angriffe stark zugenommen haben. Das Bundesamt für Cybersicherheit macht hier einen guten Job, insbesondere bei der Begleitung der kritischen Infrastrukturen. Das Parlament ist mir nach mehreren Anläufen vergangenes Jahr endlich auch gefolgt beim Vorschlag, dem BACS das sehr niedrige Budget des Amtes nahezu zu verdoppeln.

Zum elektronischen Patientendossier (EPD) sagten sie: «Positiv formuliert, kann man noch vieles richtig machen.» Erfüllt der Bundesrat mit dem Wandel vom EPD zum EGD ihre Hoffnung?

It's complicated. Zwei Jahre Auseinandersetzung mit diesem Geschäft zeigen mir, wie massive, divergierende Interessen aufeinanderprallen. Der Gesundheitsmarkt ist riesig, die einwirkenden Kräfte entsprechend gross. Ich würde mir wünschen, dass man zuerst einmal das Einfache richtig macht: Interoperabilität zwischen Leistungserbringern muss mit verbindlichen Standards durchgesetzt werden. Dann lässt sich ein Dossier sinnvoll befüllen und Funktionalität darauf aufbauen. Die Kontrolle über das elektronische Gesundheitsdossier – E-GD – soll beim Individuum sein, delegierbar an Angehörige oder die Hausärztin. Daten müssen Ende-zu-Ende-verschlüsselt sein. Das E-GD sollte wie die E-ID aufgegleist werden: Architektur und Gesetz parallel, iterativ, transparent. Technik und Recht befruchten sich gegenseitig.

Ebenfalls im Herbst 2023 nominierte Sie Ihre Partei als Bundesratskandidaten. Mal angenommen, Sie sässen heute

in der Exekutive: Welches digitale Problem würden Sie am dringendsten anpacken? Und wie?

Für die Verwaltung würde ich beginnen, die Grundlage für ein gemeinsames, quelloffenes, interoperables «Betriebssystem Schweiz» zu legen. Public Money, Public Code auf der Grundlage von offenen Standards; gewissermassen einen Kernel der Digitalen Verwaltung Schweiz. Denn heute gibt es viele parallele, grosse Digitalisierungsprogramme, die sich gegenseitig nur wenig stimulieren und voneinander profitieren. Das Rad sollte nicht mehrfach und dazu noch mit proprietärer Software erfunden werden. Ein solcher Ansatz würde auch die Beschaffung fluider machen und die Beteiligung kleinerer Unternehmen bei Behördenausschreibungen einfacher gestalten. Mit dem Behördendigitalisierungsgesetz Embag hätten wir sogar schon die gesetzliche Grundlage dafür.

Wenn Sie nach vorne blicken: Was ist die wichtigste politische Rahmenbedingung, welche die Schweizer Webbranche in den kommenden Jahren braucht, um erfolgreich zu sein?

Eine zentrale Herausforderung wird sein, zu verhindern, dass der Grossteil der Umsätze an eine Handvoll grosser KI-Anbieter abfliesst. Aus der Perspektive der digitalen Selbstbestimmung ist das weder für Unternehmen noch für den Staat eine wünschenswerte Entwicklung, da diese Firmen zunehmend auch als Werkzeug zur Durchsetzung geopolitischer Interessen eingesetzt werden. Die Schweiz hat aber beste Karten, mit vertrauenswürdigen digitalen Gemeingütern eine wichtige Rolle zu spielen, auch international. Wir haben den Werkplatz, die Hochschulen und die weltweite Vernetzung. Dazu braucht es eine gute Portion Leadership, auch im Bundesrat, damit ein solches Drehbuch Wirklichkeit wird.



«Eine zentrale Herausforderung wird es sein, zu verhindern, dass der Grossteil der Umsätze an eine Handvoll grosser KI-Anbieter abfliesst.»

Gerhard Andrey,
Nationalrat (Grüne/FR)